

Niederschrift

über die VI./14. Sitzung des Seniorenbeirates der Stadt Rheda-Wiedenbrück am 10.02.2025 im großen Sitzungssaal im Rathaus Rheda

Beginn: 14:38 Uhr

Ende: 16:59 Uhr

Es sind anwesend:

a) gewählte Mitglieder:

Badorreck, Hans

Büscher, Karl-Josef

Hansmeier, Bernhard

Splietker, Heinrich

(Vorsitzender)

b) von Vereinen und Verbänden entsandte Mitglieder:

Kath. Kirchengemeinde – Biermann, Bernd

DRK - Belger, Jürgen

AWO – Jochum, Ulrich

VHS Reckenberg-Ems – Dr. Schneiders, Sybille

anwesend bis 16:33 Uhr

anwesend bis 16:35 Uhr

Von den Vertretern (zusätzlich):

Hornbostel, Hans-Jürgen

Benkelberg, Hermann

Von der Verwaltung

Krahn, Christoph

Dr. Epkenhans-Behr, Ina

Mettenmeyer, Marie

Schulte, Nina

anwesend bis 15:56 Uhr

(Schriftführer*in)

Gäste

Es fehlt:

Rüsenberg, Hans

Ev. Kirchengemeinde – Schönbeck, Anita

Sozialverband Deutschland - Kieneke, Meinhard

Kontermann, Alfred

Noack, Brigitte

Specht, Hans Gerd

Baier, Luka Luisa

Begrüßung

Der Vorsitzende, Karl-Josef Büscher, begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung. Sein besonderer Gruß gilt Herrn Krahn, der sich heute dem Seniorenbeirat als neue Geschäftsbereichsleistung I der Stadtverwaltung vorstellen werde sowie Frau Dr. Epkenhans-Behr, Leiterin Geschäftsbereich II.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.12.2024

Gegen die Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben.

TOP 2 Mitteilungen des Vorsitzenden und der Verwaltung

a. Vorsitzender

Der Vorsitzende, Herr Büscher, informiert den Seniorenbeirat, dass Frau Gotelinde Sedello, im Dezember 2024 verstorben sei. Der Seniorenbeirat gedenkt Frau Sedello. Eine Nachbesetzung sei nicht möglich.

Herr Büscher berichtet über seinen positiven Eindruck der gestrigen Demonstration in Rheda gegen rechts. Viele Besucher hätten an der Demo teilgenommen.

b. Verwaltung

Frau Mettenmeyer lässt den Seniorenbeirat wissen, dass gemeinsam mit dem Verband AWO am 30.06.2025 in der Zeit von 18 – 20 Uhr der „runde Tisch in der offenen Seniorenarbeit“ mit ca. 2 – 3 Vertretern des Seniorenbeirates im Haus der Caritas stattfinden werde. Ziel des runden Tisches sei, ein gemeinsamer Austausch aller Akteure in der offenen Seniorenarbeit. Einladungen würden folgen.

Herr Krahn stellt sich dem Seniorenbeirat persönlich vor und berichtet über seine Person sowie seinen Lebenslauf. Herr Krahn, auch Kämmerer der Stadt Rheda-Wiedenbrück, schildert kurz den aktuellen Stand der Finanzen. Es gebe aktuell höhere Aufwände als Erträge. Das Ergebnis teile man mit einigen Kommunen. Man bewege sich aktuell zwischen ca. 170/180 Millionen Euro Gesamtvolumen. Die Stadt nehme weniger ein als der aktuelle Werteverzehr hergebe. Dauerhaft sei dies aber nicht mehr möglich. Es bedürfe zukünftig eines Priorisierungsprozesses, um Ausgaben abwägen und einsparen zu können. Herr Krahn appelliert an den Seniorenbeirat, die Interessen der Senioren*innen in der Stadt in den Prozessplan einzubringen. Man gehe davon aus, dass der Prozess nach der Kommunalwahl im September 2025 bzw. mit Beginn des neuen Haushaltsjahres angegangen werde.

Herr Badorreck stellt die Frage, ob davon ausgegangen werden müsse, dass die Grundsteuer in den nächsten Jahren um weitere 30 % angehoben werde. Herr Krahn verneint die Frage. Die aktuelle Erhöhung des Hebesatzes gleiche den Wert zukünftig aus. D.h. die Stadtverwaltung habe keine Mehrerträge durch die Erhöhung. Herr Jochum bringt die Frage ein, aus welchem Grund zwischen privat genutzten und gewerblich genutzten Flächen unterschieden werde bzw. gewerblich genutzte Flächen begünstigt werden würden. Es liege an der neuen Systematik des Bundesmodells des Landes NRW, so Krahn. Das Finanzamt Wiedenbrück habe den Grundsteuermessbetrag für jedes Grundstück im Stadtgebiet festgelegt. Das Bundesmodell sehe vor, dass zum einen der Bodenrichtwert sowie der bauliche Wert des Gebäudes auf dem Grundstück einbezogen werde. Bei Wohngebäuden sei die Jahresrohmiete noch zu berücksichtigen. Daher ergebe sich die Begünstigung eines gewerblich genutzten Grundstückes. Auf Grund der Entlastung für gewerbliche Flächen, seien die Einnahmen aus den Jahren 2024 und 2025 gleich hoch. Die geplanten Einnahmen der Grundsteuer

A (Land- und Forstwirtschaft) seien identisch zu den Einnahmen in 2024. Man habe die vom Land NRW errechneten Hebesätze gewählt. Die Besonderheit bei der Grundsteuer A sei, dass in der Vergangenheit ein landwirtschaftlich genutzter Betrieb in seiner Gesamtheit mit der Grundsteuer A veranlagt worden sei. Laut dem Bundesmodell NRW solle diese aber nun als Grundsteuer B veranlagt werden. Laut Herrn Krahn sei die Steigerung bei der Grundsteuer A deutlich weniger stark ausgefallen, als bei der Grundsteuer B.

Frau Dr. Schneiders macht deutlich, dass die Steigerung von 30 % des Hebesatzes auf die Nebenkosten der Mieter*innen umgelegt werden kann und davon auszugehen sei, dass diese nicht mehr aus eigenen Mitteln finanziert werden könnten. Herr Krahn erklärt, dass der Gesetzgeber die Verhältnismäßigkeit zunächst nicht beachtet habe. Der Gesetzgeber habe nachträglich die differenzierten Hebesätze in das Gesetz eingeführt. Aus Sicht mehrerer Städte- und Gemeindebünde sowie sämtlicher Gutachter, habe man den Kommunen die Möglichkeit gegeben, einheitliche Hebesätze zu beschließen. Laut Herrn Krahn hätten alle kreisangehörigen Kommunen im Kreis Gütersloh den einheitlichen Hebesatz angewendet.

Herr Jochum stellt zuletzt noch die Frage, ob Mehraufwendungen im Sozialbereich zu erkennen seien. Frau Dr. Epkenhans-Behr berichtet, dass im Bereich der KITAS jedes Jahr im Haushaltsplan 28 Millionen Euro eingestellt worden seien. Ein großer Teil der finanziellen Mittel würden vom Land NRW kommen. Im Bereich Hilfe zur Erziehung (Jugendhilfe) seien es ca. 10 Millionen Euro. Laut dem Städte- und Gemeindebund sei die Landespauschale für Flüchtlingsunterbringung für jede geflüchtete Person um 15,8 % angehoben worden. Allerdings hätte die Pauschale auf 25 % erhöht werden müssen, um kostendeckend zu sein. Dies würde bedeuten, dass auch im Bereich der Flüchtlingsunterbringung und Versorgung eigene Mittel der Kommunen notwendig seien.

Für weitere Fragen und Anregungen zur Grundsteuer sei das Finanzamt in Wiedenbrück sowie ggf. ein Steuerberater Ansprechpartner.

Herr Krahn bedankt sich für die Aufmerksamkeit und freut sich auf die zukünftige Zusammenarbeit.

TOP 3 Bericht der Verwaltung über Handlungsfelder in Bezug auf die ältere Generation

Frau Mettenmeyer stellt dem Seniorenbeirat anhand einer Präsentation die Handlungsfelder in Bezug auf die ältere Generation vor.

Kernaufgaben der Stadtverwaltung in Bezug auf die ältere Generation seien beispielsweise die politische Teilhabe, d.h. Sicherstellung der Interessen der Senioren*innen im Stadtgebiet. Mit Hilfe des Seniorenbeirates werde dieser Aufgabe nachgekommen. Durch die Abteilung Soziales werde auch die finanzielle Absicherung im Alter, im Rahmen des SGB XII, sowie des Wohngeldes und der Pflegeberatung gedeckt. Der Bereich Wohnraum, Mobilität und Barrierefreiheit werde durch den Geschäftsbereich III im Rathaus durch z.B. Konzeptaufstellungen vertreten. Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung in der Stadt sei durch Herrn Schlüter, Baumanagement und Denkmalpflege, organisiert. Generelle Beratung erhalte man ebenfalls in der Abteilung Soziales. Auch der SKFM „Sozialdienst katholischer Frauen und Männer“, sei Anlaufstelle für hilfebedürftige Menschen.

Im Anschluss an die Präsentation werden einige Fragen gestellt.

Herr Badorreck stellt die Frage, ob von einem Zusammenbruch sozialer Systeme (sogenannte Kippunkte) ausgegangen werden könne. Man könne keine Standards zu einem vertretbaren Maße absenken, ohne das Gesamtsystem zu gefährden, so Frau Dr. Epkenhans-Behr.

Laut der Auswertung des Einwohnermeldeamtes Rheda-Wiedenbrück, beträgt der Anteil der Senioren*innen ab 60 Jahren ca. 28 % und ab 65 Jahren ca. 20 %.

Im Anschluss an Herr Splietkers Frage, weshalb der ÖPNV nicht in eigener Regie geführt werde, erklärt Frau Dr. Epkenhans-Behr, dass es bereits einen politischen Willen gebe, in der nächsten Legislaturperiode anhand von Expertisen Vor- und Nachteile zu prüfen, welche Bereiche, wie zum Beispiel die Stadtwerke, zusammengeführt werden könnten. Ein eigener Gestaltungsspielraum im ÖPNV erweist sich allerdings als schwierig, da die Kapazität der Busfahrer, bzw. des Personals enorm nachlasse.

Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

TOP 4 Aktueller Stand der Antragsbearbeitung

Anhand der ausgelegten Aufstellung der Anträge an die Stadtverwaltung erklärt Frau Mettenmeyer mögliche Stellungnahmen sowie Veränderungen und Aktualisierungen der Antragsbearbeitung. Zum Mobilitätskonzept Lipper Tor erklärt Frau Mettenmeyer kurz, dass das erstellte Verkehrskonzept voraussichtlich mit einer Verspätung in die Öffentlichkeit getragen werde. Man gehe von Spätsommer 2025 aus. Grund sei die Entscheidung über den Südring. Weiter berichtet Frau Mettenmeyer zum Antrag auf rutschsichere Holzbrücken, dass das Material bereitstehe. Auf Grund des Wetters warte man aber noch mit der Maßnahme. Zum Antrag, der Mitgliedschaft in der AGFS, möchte Frau Mettenmeyer informieren, dass hier Geduld geboten sei. Das Verfahren zur Mitgliedschaft könne andauern. Man gehe davon aus, dass im Jahr 2026 die Mitgliedschaft begonnen werden könne. Zur Antragsstellung der Beckerpassage teilt Frau Mettenmeyer mit, dass die Parkplatzmarkierungen bereits entfernt worden seien. Vorerst sei aber ein Piktogramm, auf Grund angedachter Straßenarbeiten, nicht vorgesehen. Das Hochbord am Katthagen abzusenken, solle laut dem Tiefbau im Frühjahr starten. Weiter habe der Bereich Tiefbau die Info gegeben, dass das Hochbord an der Marienstraße nicht abgesenkt werden könne, da es sich hier nicht um städtisches Eigentum handeln würde, das Gefälle sich ausweiten würde und eine weitere Absenkung bereits vorhanden sei, so Frau Mettenmeyer. Zuletzt berichtet Frau Mettenmeyer über den Antrag zu Bushaltestellen an der Wasserstraße. Aktuell würde der Bereich Klima, Mobilität und Stadterneuerung die Umsetzungsfähigkeit der Maßnahme prüfen. Voraussichtlich solle dies im Ausschuss für Bauen und Stadtentwicklung am 08.05.2025 beraten werden.

Der Vorsitzende, Herr Büscher, ergänzt einige Punkte. Außerdem berichtet Herr Büscher über weitere geplante Antragsstellungen an die Verwaltung. Geplant habe der Seniorenbeirat, erkennbare Markierungen der Fahrradwege an der Sankt-Vinzenz-Straße und am Horstwiesenweg zu beantragen. Außerdem solle eine 30er Zone am Horstwiesenweg für den Straßenverkehr eingerichtet werden, um mehr Sicherheit zu gewährleisten.

Herr Hansmeier erinnert noch einmal an die aktuelle Ampelanlage, auf Grund der Baustelle an der Wasserstraße. Hier habe man der Stadtverwaltung vorgeschlagen, die Pömpel während der Baumaßnahmen der Rietberger Straße, in der Fußgängerzone Kirchstraße (Ecke Boa Kleidungsgeschäft) zu entfernen, um auf den Postparkplatz auszuweichen. Vom Postparkplatz aus, könne man nämlich ausschließlich rechts fahren. Die Stadtverwaltung werde den Vorschlag mitnehmen.

TOP 5 Aktuelles aus der Landesseniorenvertretung

Der Vorsitzende, Herr Büscher, berichtet, dass Herr Splietker den Seniorenbeirat bei der Landesseniorenvertretung vertreten werde. Herr Badorreck erklärt sich bereit, an der Kreissenorenvertretung am 14.05.2025 in Detmold teilzunehmen. Ebenso teilt Herr Büscher mit, er habe

einige Seminarangebote herumgegeben und appelliert an Freiwillige. Pressemitteilungen wurden ebenfalls bereits herausgegeben. Im Hinblick auf die Bundestagswahl am 23.02.2025 werde auch hier die nächste Pressemitteilung zeitnah herausgegeben.

TOP 6 Seniorenbrochure

Die Aufgabenverteilung der zu überarbeitenden Seniorenbrochure habe erfolgreich stattgefunden. Die Verteilung werde Herr Büscher noch herumgeben. Der Seniorenbeirat diskutiert noch über den Titel der Brochure „von Senioren für Senioren“.

TOP 7 Verschiedenes

Es wird vorgeschlagen, zukünftig einmal im Monat Sprechstunden in den Stadtbibliotheken der Ortsteile Rheda und Wiedenbrück anzubieten. Motto sei: „Wenn die Bürger*innen nicht zu uns kommen, kommen wir zu den Bürger*innen“. Stattfinden sollten die Sprechstunden an den jeweiligen Markttagen, dienstags und samstags in Wiedenbrück und mittwochs in Rheda.

Herr Splietker werde entsprechend Kontakt aufnehmen, um den Vorschlag zeitnah umsetzen zu können. Herr Hansmeier bringt noch den Vorschlag ein, Hinweisschilder bzw. Werbung wie beispielsweise Flyer oder Plakate in der Stadt zu verteilen.

Weiter bespricht der Seniorenbeirat, die Ratsfraktionen vor der Kommunalwahl im September 2025 aufzusuchen, um Fragenstellungen zu klären.

Außerdem gibt Herr Büscher weitere Termine bekannt. Die Vorbereitung des Umweltausschusses werde am 17.02.2025 stattfinden. Am 19.02.2025 tage die Kreissitzung und am 19.05.2025 werde die zweite Seniorenbeiratssitzung im Feuerwehrhaus des Ortsteils Lintel stattfinden. Es wird noch einmal daran erinnert, das ausschließlich an der Kirche geparkt werden solle. Getränke seien von der Verwaltung mitzubringen.

Zum Ende der Sitzung wird Frau Mettenmeyer mit einem Strauß Blumen verabschiedet. Sie gehe im März für ca. 1 Jahr in Mutterschutz. Der Seniorenbeirat wünscht ihr alles Gute und bedankt sich für die bisher erfolgreiche Zusammenarbeit.

Anmerkung zum Protokoll: Die Präsentationen aus der Sitzung samt Anlagen sind dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Der Vorsitzende, Karl-Josef Büscher, bedankt sich für die rege Mitarbeit und schließt um 16:59 Uhr die Sitzung.

Gez.

Büscher
Vorsitzender

Gez.

Baier
Schriftführerin